

Ludwig Steiner

„DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT WAR EINE FRAGE DES ÜBERLEBENS“



Ludwig Steiner, geboren am 14. April 1922, Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Innsbruck, im österreichischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus aktiv, 1945 Sekretär des Landeshauptmanns von Tirol, 1946–1948 Sekretär des Bürgermeisters von Innsbruck, 1948 Eintritt in den diplomatischen Dienst, 1952–1953 Sekretär des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Karl Gruber, 1953–1958 Sekretär von Bundeskanzler Julius Raab¹²⁴, diplomatische Verwendungen in Sofia und Athen, zuletzt österreichischer Botschafter in Griechenland und Zypern, 1972–1979 Leiter der Politischen Sektion des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, 1979–1990 Abgeordneter zum Nationalrat und langjähriger außenpolitischer Sprecher der ÖVP.

Das Interview fand am 10. März 2011 in Wien statt und wurde geführt von Johannes Schöner.

Herr Botschafter Steiner, vielen Dank dafür, dass Sie sich für dieses Gespräch Zeit nehmen. Sie waren bereits seit den 1950er Jahren mit Blick auf die österreichischen Staatsvertragsbemühungen in die Außenpolitik involviert und haben als Diplomat auch über das Ende der 1970er Jahre hinaus österreichische Außenpolitik entscheidend mitgestaltet. Darüber hinaus war Ihnen die Entwicklung eigenständiger, außenpolitischer Vorstellungen im Rahmen christdemokratischer Parteilinien stets ein Anliegen. Welchen Stellenwert hatte

124 | Julius Raab (1891–1964), österreichischer Politiker der ÖVP, 1953–1961 Bundeskanzler seines Landes.

die internationale Kooperation im Rahmen der ÖVP? Wie wichtig war der ÖVP, deren Außenpolitischer Sprecher Sie lange Jahre waren, die internationale Zusammenarbeit?

Es war ein gängiger Stereotyp, dass die internationale Parteil Zusammenarbeit bei den „Linken“, Sozialdemokraten, Sozialisten wie auch Kommunisten, stärker ausgeprägt wäre. Diese Parteien wären international besser vernetzt als die christdemokratischen, bürgerlichen Parteien. Ich halte das nur für bedingt richtig. Im Grunde ist diese Angelegenheit ganz interessant, denn ich glaube die Linken haben es nicht „mehr“ gemacht, sondern „anders“, vielleicht intensiver. Daher haben wir einen ungeheuren Nachholbedarf an Internationalität sowie an internationalen Parteikontakten gehabt. Es waren Alois Mock und Andreas Khol, die den Wert internationaler Zusammenarbeit erkannten und folglich für die ÖVP auch neu definiert haben. Das war eine absolut neue Orientierung innerhalb der ÖVP. Doch innerhalb der EDU waren die Partner oftmals sehr schwierig. Nach vielen Jahrzehnten in der Politik kann ich nur vor Eitelkeiten warnen. Vor dem „Sich-überlegen-fühlen“ gegenüber anderen. Die Italiener haben die Briten als viel zu konservativ angesehen. Die Vertreter der DC haben noch Mitte der 1970er Jahre den Briten beinahe das christliche Element ihrer Politik abgesprochen. Die Italiener hatten damals noch katholische Geistliche in ihren Reihen oder zumindest Leute, die als besonders kirchennah galten. Andererseits muss man festhalten: In Italien fanden alle internationalen Parteikontakte – linke und rechte – mehr mediale Beachtung als in Österreich.

Ein politischer Klerus hätte die ÖVP wohl zerrissen.

Das auf jeden Fall, aber bei uns war das auch überhaupt kein Thema. Ganz anders war das eben bei den Italienern; die waren immer sehr auf kirchliche und christliche Äußerlichkeiten bedacht. Damit konnten sie über viele Jahre hinweg ihre Inaktivität kaschieren. Wer wollte schon einen europäischen Partner kritisieren, dem der Papst sehr nahe steht und der sich den Mantel der christlichen Geradlinigkeit umgeworfen hat? Um das Spiel der Italiener zu durchschauen, haben manche Länder in Europa etwas länger gebraucht.

Die EUCD, die als Nachfolgeorganisation der NEI 1965 gegründet wurde, scheiterte schließlich ebenfalls am eigenen Anspruch und an den internen Strukturen. Lag es daran, dass beispielsweise ein italie-

nischer Christdemokrat andere Problemlösungsansätze sah als ein Politiker aus den Benelux-Staaten? Ein französischer Christdemokrat beispielsweise erkannte etwas anderes als ein Problem als ein österreichischer Christdemokrat? Sind die europäischen Christdemokraten gemessen an ihren selbst gestellten Ansprüchen gescheitert – oder war die europäische Christdemokratie in den wichtigsten Intentionen ihrer Politik erfolgreich?

Ich glaube mit großer Bestimmtheit sagen zu dürfen, die Christdemokraten haben auf diesem Kontinent über Jahrzehnte die Politik sehr positiv mitgestaltet – die europäische Politik ohne Christdemokratie wäre eine schrecklich arme geblieben. Manches ist geglückt, weitergegangen, manches ist gescheitert, schließlich nicht gegangen. Insgesamt „gescheitert“ kann man dazu absolut nicht sagen. Man muss die ganze Bedeutung der Christdemokratie über Jahrzehnte sehen. Hier haben die Christdemokraten in der Europapolitik gegenüber den Sozialisten eine wichtige, entscheidende Rolle gespielt. Das ist gar keine Frage. Natürlich – mit der Erweiterung nach Osten haben sich die Dinge etwas verschoben. Selbstverständlich waren die Sozialisten zeitweise international besser organisiert, aber ob das in jedem Fall effektiver war, wage ich zu bezweifeln. Ich frage ganz offen: Was hat die Internationalität den österreichischen Sozialisten, der SPÖ, im eigenen Lande gebracht? Die eigentliche politische Entwicklung in Österreich ist intern ausgetragen worden.

Ich gebe zu, ich beurteile auch die folgenden Jahrzehnte nach meinen Prägungen in den 1950er Jahren. Für mich waren Politiker wie Julius Raab und Leopold Figl¹²⁵ Persönlichkeiten, die mich für mein ganzes Leben geprägt haben. Folglich beurteile ich auch die 1970er oder 1980er Jahre nach meinen Prägungen aus dieser Zeit. Die ganze Entwicklung hin zum Staatsvertrag hat Julius Raab gestaltet. Wenn man so will: Der Staatsvertrag wurde von der Christdemokratie erwirkt. Das ist doch ein toller Erfolg für die Christdemokraten gewesen. Selbstverständlich hat die ÖVP auch für Europa unglaublich viel gestaltet. Ganz klar – das deutsch-französische Verhältnis steht in erster Linie am Beginn aller Initiativen, da sind Konrad Adenauer und Robert Schuman zu nennen, gar keine Frage und das hat sich später fortgesetzt. Doch Österreich

125| Leopold Figl (1902–1965), österreichischer Politiker der ÖVP, 1945–1953 Bundeskanzler und 1953–1959 Außenminister seines Landes.

hat sich stets artikulieren können. Ganz abgesehen davon, dass für Österreich während des Kalten Krieges die internationale Zusammenarbeit eine Frage des Überlebens war.

Herr Botschafter, das Wort „Neutralität“ ist jetzt gefallen. Längstens ab Beginn der 1970er Jahre war die österreichische Neutralität, so wie sie von Julius Raab definiert wurde, einer gewissen Neubewertung unterworfen. Sie selbst stammen aus einer Generation, die – wie Sie bereits gesagt haben – stark von Raab geprägt wurde und ebenso die Wirksamkeit der Neutralität der 1950er und 1960er Jahre als Teil der österreichischen Politik kennengelernt hat. Vielleicht ist es sinnvoll, sich dem Komplex „Neutralität“ über einen biographischen Weg anzunähern. Botschafter Franz Karasek, langjähriger außenpolitischer Sprecher der ÖVP und Nationalrat von 1970 bis 1979, war wie Sie als junger Diplomat und Beamter ein Mitarbeiter von Julius Raab. Karasek war führend beteiligt an der Entwicklung eines außenpolitischen Profils der ÖVP und steht – mit seinen eigenen biographischen Höhen und Tiefen – für die Wandlungen und Kontinuitäten österreichischer Außenpolitik. Karasek, später Generalsekretär des Europarats, starb 1986 jedoch sehr früh. Noch in den 1970er Jahren vertraten manche, so auch Karasek, die Meinung, dass eine stärkere Einbindung der ÖVP in westeuropäische Parteienkooperationen der Neutralität in manchen Bereichen entgegenstehen würde. Franz Karasek hat sich mit seiner Linie schließlich nicht durchsetzen können. Ein Jahr vor der Nationalratswahl 1979 fand ein radikaler Schwenk statt, der durch die Partei ging. Alois Mock war schon ÖVP-Klubobmann im Parlament als Karasek parteiintern immer mehr in die Defensive geriet. Wie sehen Sie die Entwicklung dieser Jahre?

Das hängt mit der Person Franz Karaseks zusammen. Franz Karasek, den ich sehr geschätzt habe, hat stets den Eindruck erweckt, Politik selbst zu gestalten. Auch als Sekretär von Bundeskanzler Julius Raab. Ob dies Raab immer gefallen hat, lasse ich dahingestellt. Im politischen Teil seiner Arbeit ist ein Parteisekretär der eigentliche *Mastermind* der Partei. Das habe ich ja selbst 1955 mit der Delegation in Moskau erlebt. Die Sowjets haben immer mich als Sekretär der Delegation genommen. Für die Sowjets war klar, ich bin der Sekretär, und wenn ich heute in den verschiedenen sowjetischen Protokollen nachsehe, war der Sekretär ein wichtiger Teil der Delegation. Dabei war ich nur als Sekretär des Bundeskanzlers mit, aber für die Sowjets war das der Sekretär der Delegation. Das nur als eine grundsätzliche Randbemerkung.

Hinsichtlich Franz Karaseks glaube ich schon, dass er die Entwicklung innerhalb der ÖVP sehr gut verkörpert. Meiner Meinung nach hatte er im Europarat die größten Möglichkeiten, österreichische Positionen international zu vertreten. Dass er später die österreichische Auslandskultur nachhaltig prägte, bleibt ein weiterer großer Verdienst.

Ich bekenne mich dazu, dass die Christdemokraten wesentliche Einflüsse in nationalen Parlamenten in Europa ausübten. Die Frage nach der Bedeutung des Europarates, das ist freilich eine andere Geschichte. Man muss sich das vorstellen: Während dieser Zeit als Franz Karasek im Europarat führend tätig war, wurden Parlamentstagungen bei uns so ausgerichtet, dass die Nationalräte oder Bundesräte, die zugleich Europaratsmitglieder waren, beim Europarat sein konnten. Das ist ja heute undenkbar.

Und vor allem hatte der Europarat einen starken Österreich-Bezug. Hier waren sowohl österreichische Sozialdemokraten als auch christlich-soziale Parlamentarier an leitenden Stellen tätig.

Die Internationalität hat bei den Sozialisten bekanntlich immer eine große Rolle gespielt. Aber in der ÖVP hat intern zeitweise eine gewisse eitle Beliebigkeit geherrscht. Das war etwas, das erst Alois Mock mit eigenen Konzepten geändert hat.

Wie würden Sie Josef Klaus, Karl Schleinzer, Josef Taus und Alois Mock außenpolitisch einschätzen?

Josef Klaus hat vieles in die Wege geleitet, das später erst realisiert werden konnte. Doch die Sprache, die er wählte, kam nicht immer bei den „Leuten draußen“ an. Karl Schleinzer war sicherlich kein ausgesprochener „Internationalist“. Er legte von Beginn an mehr Augenmerk auf die österreichische Innenpolitik und hat eigentlich im Parteivorstand stets die nationale Grundtendenz hervor gestrichen. Aber es ist grundsätzlich schwer bis unmöglich, historische Epochen miteinander zu vergleichen.

In der Zeit von Alfred Maleta, einflussreicher ÖVP-Generalsekretär, ÖAAB-Präsident und später Erster Präsident des Nationalrates, der internationale Kontakte auch gerne gepflegt hat, wurde begonnen, die Politik der ÖVP im europäischen christdemokratischen Lager zu instrumentalisieren. Man versuchte sich so ab Mitte der 1960er Jahre mehr auf die Linie der CDU und der deutschen „Partei-Außenpolitik“ abzu-

stimmen. Also vor 1965 war das mehr auf innerösterreichische Dinge bezogen. Bis dahin galten die „Außenpolitiker“ in der Partei mehr als Paradiesvögel, denen es gut ging. Es war ein stehendes Wort: „Ihr“ – gemeint sind die Außenpolitiker in der Partei – „habt es fein, Ihr dürft ins Ausland fahren und braucht nicht zu arbeiten!“

Josef Taus wiederum war jemand, den man heute einen wirtschaftspolitischen „Macher“ nennen würde. Auch wenn Taus kein außenpolitischer Visionär war, so muss man doch festhalten, dass die ersten Schritte Österreichs in der EDU unter seiner Obmannschaft stattfanden.

War Alois Mock vielleicht deshalb so an der Außenpolitik interessiert, weil er und die ÖVP politisch durch die Aktivitäten Bruno Kreiskys immer mehr in die Defensive geraten waren? Wie war überhaupt die ÖVP durch Kreisky getrieben? Vieles war natürlich bestimmt durch die Aktivitäten Bruno Kreiskys in der SI. Gemeinsam mit Olof Palme und Willy Brandt bildeten sie ein hochaktives, umtriebigen Triumvirat. War unter diesen Bedingungen nicht die weitere Ausformung einer „Christdemokratischen Internationalen“ eine Notwendigkeit, selbst dann, wenn man nicht ausgesprochen an Außenpolitik interessiert war?

Alois Mock ist bereits als junger Politiker ein ausgesprochen „außenpolitisch denkender“ Mensch gewesen. Ich glaube aber grundsätzlich, das ist eine sehr gute Frage. Ich bin der Überzeugung, dass in der ÖVP ab den 1970er Jahren ein gewisser „Internationalismus“ Platz gegriffen hat. Es nützt nichts, wenn man „nur“ international sein wollte. Man brauchte freilich auch die richtigen Partner dazu. Man kann die besten Ideen zur Kooperation haben: Es verpufft alles, wenn man kein entsprechendes Gegenüber hat.

Aber es war grundsätzlich immer zu unterscheiden zwischen netten, höflichen Kontakten und solchen Beziehungen, in deren Mittelpunkt konstruktive, politische Arbeit stand. Ohne ein konkretes politisches Ziel blieb jede transnationale Parteienkooperation nur an der Oberfläche.

Alleine die Frage nach der „Christlichkeit“ im Parteiprogramm oder im Namen hat uns auf Jahre hin beschäftigt. Die Italiener, die immer ihrem Selbstverständnis nach die „christlichste Partei“ in Europa überhaupt waren, sprachen etwa den Briten noch Mitte der 1970er Jahre das christliche Element rundum ab. Diese seien ganz einfach zu weit rechts. Im Sinne der Gesellschaftspolitik, genauso wie in der Wirtschaftspolitik.

Es war aber auf der anderen Seite auch oftmals ein Dilemma: Wie geht man mit „linken“ christdemokratischen Parteien, wie z. B. in Holland und in Belgien um? Das war eben das große Missverständnis: die Konservativen in Großbritannien, die wären sozusagen ohne christlich-soziale Substanz. Die Wahrheit war aber – und ich habe selbst solche Persönlichkeiten kennengelernt –, es gab bei den Tories Leute, die sehr religiös waren. Es hat in England keinen konservativen Parteikongress gegeben, wo nicht vorher ein Gottesdienst abgehalten wurde. Selbst die charmante Margaret Thatcher hat am Parteitag täglich vor Sitzungsbeginn mit drei Zeilen ein Gebet gesprochen, bevor der offizielle Parteitag eröffnet wurde. Soweit brauchten sich die italienischen Christdemokraten also nicht sorgen, dass es in England nicht christlich zugeht.

Steht damit der sinkende Einfluss der italienischen Politik auf europäischer Ebene in einem Zusammenhang? Oder anders gefragt: Bedingte ein Beharren auf Äußerlichkeiten den Verlust von Glaubwürdigkeit? Im Grunde genommen nahm bei allen folgenden Parteiplattformen – EUCD, EVP und EDU – der Einfluss der italienischen Politik ständig ab.

Das war im Rückblick gesehen eine simple Sache. Was die Italiener machten, war richtig penetrant geradezu: Die haben sich immer für Positionen beworben, die sie eigentlich nie ausgeübt hatten. Aber freilich, man muss schon die Zeiten auseinanderhalten. Zu Zeiten Aldo Moros¹²⁶ und noch früher zu Zeiten des legendären Alcide De Gasperi hat es großartige Persönlichkeiten auf italienischer Seite gegeben. Aber sie waren zuerst immer Italiener, dann erst Europäer. Die Deutschen dachten immer zuerst an Europa, dann erst an Deutschland. Das war ein großer Unterschied.

Die Beziehung der italienischen Regierung zum Europarat war immer sehr interessant. Die italienischen Abgeordneten im Europarat sind zur Abstimmung in Straßburg durch eine italienische Militärmaschine abgeholt worden. Diese Abgeordneten sind zur Abstimmung von Straßburg nach Rom geflogen worden und retour. Aber nur wenn es um Abstimmungen ging, die im Interesse Italiens waren. Das muss man sich heutzutage vorstellen.

126 | *Aldo Moro (1916–1978), italienischer Politiker der DC, 1963–1968 und 1974–1976 Ministerpräsident seines Landes, unter bis heute nicht geklärten Umständen von den Roten Brigaden entführt und ermordet.*

Wenn man manche italienische Darstellungen liest, dann glaubt man nahezu, Andreotti wäre der „Retter des Abendlandes“ gewesen. Jetzt hat natürlich in der italienischen Außenpolitik Giulio Andreotti eine große Rolle gespielt – er war nun einmal ein großer „Internationalist“. Das ist ja vollkommen klar. Andreotti hat auch für die österreichisch-italienischen Südtirol-Gespräche eine große Rolle gespielt. Er war zweifellos ein großer italienischer Politiker – ein großer europäischer Politiker war er aber mit Bestimmtheit nicht.

Wie würden Sie den Einfluss der bundesdeutschen Politik oder der beiden bundesdeutschen Schwesterparteien CSU/CDU auf die ÖVP bzw. generell auf die transnationale Parteienkooperation einschätzen? Wie war das Verhältnis: konstruktiv, zielorientiert, freundschaftlich?

Es war eine Mischung von allen drei genannten Eigenschaften. Ich meine, die Zusammenarbeit war immer sehr gut. Mit allen Höhen und Tiefen, die es eben in jeder Freundschaft gibt. Es hat nur einen gewissen Knacks in der Frühzeit der Zweiten Republik nach dem Staatsvertragsabschluss 1955 gegeben. Denn nicht zuletzt die Frage des „deutschen Eigentums“ war für Konrad Adenauer eine „harte Kost“. Adenauer war immerhin bis 1963 westdeutscher Bundeskanzler – und blieb Österreich gegenüber eigentlich stets reserviert. Ich glaube sogar, dass Adenauer, der immerhin bis zu seinem Tod im Jahre 1967 auf die Politik der CDU spürbaren Einfluss hatte, Österreich und die ÖVP eher aus allen transnationalen Parteikooperationen heraushalten wollte.

Wie würden Sie innerhalb der Parteienzusammenarbeit das Verhältnis zwischen Wirtschaft und sozialem Anspruch definieren? Vertrat die ÖVP zu sehr ökonomische Interessen und vernachlässigte sie dafür sozialpolitische Aspekte innerhalb der europäischen Politik? Gab es insgesamt ein zeitweises Übergewicht eines Bereiches oder herrschte hier eine politisch ausgewogene Balance?

Ich finde nicht, dass die ÖVP ein „zu viel“ an Wirtschaft erlaubt hat. Nein, es war für uns schon wichtig, alle Entscheidungen auf eine europäische Basis zu stellen. Ich denke, dass alle ÖVP-Bundesparteiobmänner nur Initiativen unterstützt haben, die auch für die Partner im Ausland tragbar waren. Niemand hätte einen Beschluss oder ein nationales Gesetz mitgetragen, wenn dadurch europäische Partner oder Normen verletzt worden wären. Die europäische Zusammenarbeit war für uns etwas immens Bedeutendes, eine Basis unserer Ideologie.

Für uns in der ÖVP war es längstens ab den 1970er Jahren wichtig, möglichst frühzeitig Parteienkontakte mit mittel- und osteuropäischen Staaten herzustellen und sie auch in dieses vorhandene europäische Netzwerk einzubinden. Die Schwierigkeit daran war natürlich, dass wir schwer beurteilen konnten, wer wirklich möglichst nahe an einer vom kommunistischen Staat geduldeten christdemokratischen Gruppierung war. Oder wer war bloß ein kommunistisches „Feigenblatt“? Wobei es selten Parteien in unserem Sinne waren: Es waren oftmals reine Personengruppen, Gewerkschaftsmitglieder oder Dissidenten. Wir haben da auch ziemliches Lehrgeld bezahlt. Das ist gar keine Frage. Ich meine, wie kann man beurteilen, dass diese heraufkommenden politischen Kräfte aus dem Kommunismus wirklich später an einem demokratischen, bürgerlichen Staat und einer demokratischen Gesellschaft christlich-sozialer Prägung interessiert waren?

Die ÖVP war in diesem mittel- und osteuropäischen Bereich zweifellos ein Eisbrecher. Alleine wenn man an die Europagespräche 1990 auf dem Donauschiff „Mozart“ denkt. Es gab natürlich jetzt den großen spürbaren Unterschied zwischen Parteien, die schon in der EG waren und die draußen waren. Sei es jetzt als Mitglied der EFTA oder als Mitglied der EWG/EG. Es waren verschiedene, unterschiedliche Bewusstseinshaltungen, dann kam noch dazu, dass manche in der christdemokratischen Parteienfamilie in der NATO waren. Diese haben oftmals einen anderen Zugang als „Kalte Krieger“ gehabt. Deutschland hatte nun mal einen anderen Zugang zu Abrüstungsfragen oder zum Eurokommunismus als beispielsweise Österreich.

Ob Sowjetkommunismus oder Eurokommunismus, das war ja stets ein großer Unterschied. Wobei der italienische Kommunismus oder der Kommunismus auch in Frankreich eine andere Rolle spielte. Ich muss, um die ÖVP-Haltung hier zu präzisieren, wieder auf die Ära Raab zurückgreifen.

Wir waren seinerzeit wirklich überrascht, als man in Österreich gesehen hat, wie die Sowjets oft auf Distanz zur Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) gingen. Aber das war nicht nur in Österreich der Fall. Vielen Kommunisten in Westeuropa blieb oft gar nichts anderes übrig als ein politisches Eigenleben zu entwickeln, wollten sie nicht alles von Moskau Kommende nachvollziehen. Immerhin wurde die DC nach dem sogenannten „historischen Beschluss“ der Kommunistischen Partei Italiens (KPI) von Kommunisten im römischen Parlament geduldet. Das hätte

ja auf die europäischen Partner der DC auch abschreckend wirken können. Gab es eine Gegenleistung, so hätte man fragen können? Dennoch wurden die internationalen Kontakte zur DC davon nicht beeinflusst.

Erst unter Gorbatschow begann sich der kommunistische Ostblock für die Tätigkeit des Europarates wirklich ernsthaft zu interessieren. Zur Zeit Gorbatschows war die Frage, die sich West und Ost stellten: Wie kommt man zu einer vernünftigen Zusammenarbeit? Immerhin wollte die Sowjetunion in diesen Jahren beweisen, dass sie „Handschlagqualität“ besaß. Auch wenn hier stets Vorsicht geboten war. Mir persönlich sind besonders Kontakte in die Tschechoslowakei in Erinnerung geblieben, wo selbst nach inhaltlichen Disputen – ich war außenpolitischer Sprecher der ÖVP – später in den offiziellen tschechoslowakischen Kommuniqués von einem regen „Gedankenaustausch“ die Rede war. Der Osten dachte mehr in Stereotypen als der Westen. Das änderte sich erst langsam unter Gorbatschow.

Zurück nach Westeuropa: Offensichtlich hatten Parteien aus EG-Staaten einen größeren Handlungsspielraum. Die 1970er Jahre waren politisch hochbrisant. Das gesellschaftliche Erscheinungsbild und das Selbstverständnis der Bevölkerung in Europa veränderten sich zunehmend. Es ging um große Fragen wie Abrüstung, Terrorismus und Energieknappheit, aber auch um vermeintlich kleine Fragen wie Fristenlösung und die vermehrte Artikulation der Jugend.

Alleine die Frage, wie man mit dem Terrorismus umgeht, spaltete die Gesellschaft in den einzelnen Staaten. Auf europäischer Ebene wurde diese Eskalation der Gewalt nicht minder heftig diskutiert. Abgelehnt wurde die Gewalt von allen Seiten, doch die Gründe, die zur Eskalation führten, wurden differenziert gesehen. Dabei war es vollkommen egal, ob die Roten Brigaden¹²⁷ in Italien oder die Baader-Meinhof-Gruppe¹²⁸ auf deutscher Seite für dieses oder jenes „Ziel“ mordeten. Die oberflächliche Harmonie der 1960er Jahre war endgültig einem aufgeregten Klima innerhalb der Gesellschaft gewichen. Als auf Konferenzen der EUCD Einwände der Benelux-Staaten, aber auch Einwände der

127| *Rote Brigaden, italienische kommunistische terroristische Bewegung, 1970 gegründet.*

128| *Rote Armee Fraktion (RAF), deutsche linksextremistische Terrorvereinigung, 1970 von Andreas Baader, Ulrike Meinhof und weiteren Mitgliedern gegründet.*

Österreicher zum Thema „Terrorismus“ abgetan wurden mit dem Argument, „Ihr versteht nichts davon“, haben wir uns schon die Frage gestellt: Gehören wir jetzt dazu oder nicht?

Als dann der Industrielle Walter Michael Palmers¹²⁹ im November 1977 in Österreich entführt wurde, gab es auch plötzlich bei uns einen Terrorismus. Wenngleich in einer etwas „österreichischen“, abgeschwächten Form. Aber die Folgefragen waren in ganz Europa dieselben: Wie weit darf Freiheit gehen bzw. die Einschränkung der persönlichen Freiheit durch die Organe der Exekutive? Welche Rechte hatte die Polizei zur Abwehr von Terrorismus? Aber ich gebe zu, als Oppositionspartei war es hier für die ÖVP leichter zu kritisieren als eine Kanzlerpartei hier in diesem heiklen Bereich zu agieren hatte.

Die Parteitreffen wurden in diesen Jahren 1971 bis 1977 oft mit einer besonderen Heftigkeit geführt. Nicht nur einmal haben die ÖVP-Vertreter wie z. B. Franz Karasek bei diesen Treffen gesagt: „Ihr müsst in Deutschland mit Eurem politischen, bewaffneten Terrorismus selbst fertig werden!“ Und die Deutschen haben darauf gesagt: „Nein – das muss man europäisch lösen.“ Denken Sie nur an die jahrelange Entwicklung des Terrorismus, als zwar die Baader-Meinhof-Gruppe zerschlagen war, aber schließlich deren „zweite Generation“ und sogar „dritte Generation“ der linken Terroristen Deutschland in Atem hielten. Die europäische Solidarität war dann oft enden wollend. Der Terrorismus war ohne jeden Zweifel emotional aufgeheizt, wenngleich kein Staat in Europa davor kapitulieren wollte. Da gingen andere Fragen schon mehr ökonomisch den Menschen in den europäischen Ländern unter die Haut.

Wirtschaftliche Belastungen, ob Treibstoffmangel oder explodierende Lebensmittelpreise, spüren alle europäischen Bevölkerungen gleichermaßen, denn das kostet Geld in den Familienhaushalten. Ich denke jetzt auch an Sixtus Lanner, der Anfang der 1970er Jahre bei diesen christdemokratischen Parteitreffen als ÖVP-Generalsekretär und als einflussreicher Agrarfunktionär stets in der ersten Reihe war. Sixtus Lanner hatte immer die Landwirtschaft in den Vordergrund gerückt und betonte stets, die Landwirtschaft wäre die treibende

129 | Walter Michael Palmers (1903–1983), österreichischer Unternehmer, Chef der Palmers Textil AG, einem Textilkonzern.

Kraft der Integration gewesen. Lanner sah den sogenannten „Sui generis“-Vertrag von 1972 – zwischen EWG und Österreich – quasi als das dynamische Element der österreichischen Integrationsbestrebungen an.

Wenn man es zynisch sagen will, dann war die Überproduktion der europäischen Landwirtschaft das einigende Element. Alles hängt natürlich von der eigenen Perspektive ab. Das ist ja selbstverständlich. Ich meine doch, genau das ist ein Grundproblem europäischer Politik. Wie sollte die ÖVP oder eine andere christdemokratische Partei die Sozialisten in Punkto Sozialpolitik und Arbeitnehmerpolitik links überholen? Die Öko-soziale, christlich definierte Marktwirtschaft ist natürlich eine Synthese verschiedener Elemente, die nicht einseitig ausgerichtet war hin zur „Arbeit“ oder zum „Kapital“, sondern das alles zusammenfasste. Ob diese christdemokratische Idee die Menschen in Österreich erreicht hat, ist schwer zu beurteilen. Auf jeden Fall war es zum damaligen Zeitpunkt – Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre – nicht geeignet, eine europäische (Massen-)Idee daraus zu machen.

Sie haben die österreichische Außenpolitik über Jahrzehnte hinweg begleitet, verfolgt und auch mit eigenen Initiativen mitbestimmt. Sie waren auch jemand, der den Konsens über alles Trennende gestellt hat. Wie würden Sie grundsätzlich die österreichische Außenpolitik der 1970er Jahre einschätzen?

Es war sicherlich der breite Versuch zwischen SPÖ und ÖVP vorhanden, in der Außenpolitik einen Konsens zu finden. Erstens einmal hat es über die Parteien hinweg eine gewisse Form von „Staatspolitik“ gegeben. Das möchte ich betonen, wobei immer die Gefahr bestand, dass Bruno Kreisky versuchte, ins Extreme zu gehen (siehe das Beispiel Südtirol), was eine schwierige Sache sein kann, weil man ja in unserer Zeit nicht mit dem „Kriegsbeil“ drohen kann. Aber Kreisky war immer dafür, sich hinter die Radikalsten zu stellen. So hat er auch bekanntlich Jassir Arafat und Muammar al-Gaddafi politisch „umarmt“. Wir haben seitens der ÖVP versucht, im Rahmen der christdemokratischen Parteienkooperationen hier ein wenig entgegenzuwirken, internationale Freundschaften nicht zu sehr zu strapazieren und außenpolitisch eine überlegte und vernünftige Politik zu betreiben. Auch das Verhältnis mit Italien haben wir bei unseren Kontakten berücksichtigen müssen. Man hat Italien, unabhängig von der Südtirol-Politik, als europäisches Element gebraucht. Wenn man so will, haben wir in der europäischen Christde-

mokratie manche Irritationen oder sogar Eskalationen, die Kreisky ins Spiel brachte, bilateral wieder kalmiert.

Herr Botschafter, vielen Dank für dieses Gespräch.